



Handelskammer Bremen
für Bremen und Bremerhaven

Zwei Städte – eine Kammer

Der Zusammenschluss
der Handelskammer Bremen
und der IHK Bremerhaven

INHALT

- 3** Christoph Weiss,
Hans-Christoph Seewald,
Dr. Matthias Fonger:
Ein Land, eine Wirtschaft, eine Kammer

- 5** Dr. Eric Schweitzer:
Chapeau!

- 7** Der Weg zur Fusion:
Schritte und Maßnahmen

- 10** Kleine Chronik

- 13** Fakten zur neuen Handelskammer

- 14** Die neue Kammer:
Struktur und Organisation

- 17** Die Wurzeln (1)
Tradition der Unabhängigkeit:
Handelskammer Bremen

- 21** Die Wurzeln (2)
Preußische Anfänge:
die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

IMPRESSUM

Herausgeber Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven,
Am Markt 13, 28195 Bremen, www.handelskammer-bremen.de

Texte + Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Konzept + Grafik presse,contor Dr. Christine Backhaus

Titelentwurf Sebastian Knickmann

Fotos Frank Pusch, Jörg Sarbach, Antje Schimanke

Bremen, im Januar 2016

Ein Land, eine Wirtschaft, eine Kammer



Bremen und Bremerhaven – die beiden Kommunen des Bundeslandes Bremen – stehen gemeinsam für einen starken Wirtschaftsstandort. Viele politische Themen bewegen die Unternehmen in beiden Städten gleichermaßen. So wird beispielsweise ein geschlossener Autobahnring um Bremen durch die A 281 auch für Bremerhaven und den Hinterlandverkehr aus den Häfen in der Seestadt positive Wirkung haben. Und selbstverständlich wird auch das Offshore Terminal Bremerhaven für die Wirtschaft in der Stadt Bremen viele Vorteile bringen.

Beispiele dieser Art, in denen es darum geht, Synergien zu heben, ließen sich viele nennen. Fakt ist, dass die Zeit reif ist für eine gemeinsame Handelskammer, die die gemeinsamen Herausforderungen für die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven aufnimmt und die eine qualitativ hochwertige Dienstleistung für die Unternehmen aus einer Hand bietet. Ein Land, eine Wirtschaft, eine Kammer!

Die Traditionen der bisherigen Handelskammer Bremen sowie der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven sind unterschiedlich. Auf der einen Seite die älteste deutsche Kammer in Bremen mit einer mehr als 560-jährigen Geschichte der unternehmerischen Selbstorganisation, auf der anderen Seite eine mit fast 150 Jahren deutlich jüngere IHK in Bremerhaven. Nach ihrem Zusammengehen zur neuen Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven ist es ihre gemeinsame Tradition. Eine Geschichte, auf die man in Bremerhaven wie in Bremen gleichermaßen stolz sein kann, weil sie maßgeblich zur gemeinsamen Wirtschaftshistorie unseres Bundeslandes gehört.

Mit einer langen gemeinsamen Tradition und vereinten Kompetenzen kann die neue Handelskammer für das Land Bremen die Kräfte bündeln. An beiden Standorten – in Bremen und Bremerhaven – wird sich das positiv für die Unternehmen bemerkbar machen. Es ist eine wirtschaftspolitische Kraft für beide Städte, die sich nun für die positive Entwicklung der Unternehmen im Bundesland stark macht. Das ist zeitgemäß, effizient und effektiv.

In den neuen gemeinsamen Gremien – von Präsidium, Plenum und Ausschüssen bis zu Arbeitskreisen – werden das Land Bremen mit seinen zwei Städten und die Anforderungen seiner Wirtschaft im Mittelpunkt stehen. Vom Staat übertragene Aufgaben – allen voran die Abnahme von Ausbildungsprüfungen – werden für alle Unternehmen im Bundesland aus einer Hand übernommen. Das ist gut für die Wirtschaft, und es ist ebenso gut für eine positive Entwicklung Bremens insgesamt!

Von den ersten Eckpunkten bis zum rechtlich vollzogenen Zusammengehen der beiden Kammern zum 1. Januar 2016 sind keine drei Jahre vergangen. Funktioniert hat dies, weil in Bremen und Bremerhaven gleichermaßen der Wille bestand, das gemeinsame Projekt zum Erfolg zu führen. Das Ergebnis kann nun ein Leuchtturm für all diejenigen sein, die sich für ein enges Zusammenwirken unserer beiden Städte einsetzen.

An der erfolgreichen Umsetzung der neuen Handelskammer haben viele mitgewirkt, denen wir an dieser Stelle sehr herzlich danken: dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als der Rechtsaufsicht für die Kammern, der Bürgerschaft für die konstruktive Begleitung, die in die Änderung des Landes-IHK-Gesetzes mündete, allen Mitgliedern der Kammergremien in Bremen und Bremerhaven und selbstverständlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an beiden Standorten.

*Ihre
Christoph Weiss, Hans-Christoph Seewald,
Dr. Matthias Fonger
Bremen/Bremerhaven im Januar 2016*



Bremen und Bremerhaven sind zwei lebens- und liebenswerte Städte, zwei starke und attraktive Standorte für Unternehmen. Ich begrüße, dass die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven ab dem 1. Januar 2016 ihre Interessen bündeln.

Daraus wird ganz sicher eine starke Stimme – eine starke Stimme für unser Bundesland. **Bürgermeister Dr. Carsten Sieling**
(Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen)

Durch die Fusion der Handelskammer Bremen und der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven wird die Kompetenz beider Institutionen miteinander verschmolzen. Das ist zum gegenseitigen Nutzen der Mitglieder und damit zum Nutzen einer positiven Wirtschaftsentwicklung. **Melf Grantz**
(Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven)



Chapeau!

*Ein Geleitwort von Dr. Eric Schweitzer,
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)*

Eine gute Idee, ein ambitioniertes Projekt, das überzeugende Ergebnis: die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven. Die Substanz der bisherigen beiden Kammern, der IHK Bremerhaven und der Handelskammer Bremen, sind eine vielversprechende Grundlage für eine gute Zukunft.

Gerne heiÙe ich die neue Handelskammer und ihre Mitgliedsunternehmen in veränderter Konstellation willkommen im Kreis der deutschen IHKs und wünsche allen Beteiligten viel Erfolg auf dem nunmehr gemeinsamen Weg für die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven.

Mit dem Zusammenschluss gewinnen sie an Gewicht gegenüber der Landespolitik, können mehr für die Wirtschaft in der Region bewegen. Und sie werden effektiver. Es werden Kapazitäten frei für die Arbeit im Interesse der Unternehmen.

Dennoch ist so ein Schritt natürlich leichter gesagt, als getan. Denn beide Kammern schauen ja auf eine lange, eigenständige Tradition zurück. Umso mehr Respekt nötigt es mir ab, dass die Vereinigung zur „Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven“ so freundschaftlich und engagiert gelungen ist. In knapp drei Jahren haben Sie hier den Prozess nicht

nur auf die Beine gestellt, sondern abgeschlossen. Das funktioniert nur, wenn alle ihre Kraft auf den Zusammenschluss fokussieren. Chapeau, wie das gelungen ist!

Die Welt, Europa und auch Deutschland sehen sich im Jahr 2016 völlig neuen Herausforderungen gegenüber. Das findet unmittelbar seinen Niederschlag, im Alltag der Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger. Die neue Handelskammer wird ihren Beitrag dazu leisten, dass Bremen und Bremerhaven eine gute Entwicklung nehmen!





7. Februar 2013 – Pressekonferenz im Haus Schütting: Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven stellen die „grundlegenden Positionen“ ihrer geplanten Fusion der Öffentlichkeit vor.



22. August 2013 – Sie präsentieren das neue Logo: Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger, Handelskammer-Präsident Christoph Weiss, IHK-Präsident Ingo Kramer, Antepäsident Otto Lamotte und IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark



Gemeinsame Sitzung in Bremerhaven: Zur Vorbereitung ihres Zusammenschlusses trafen sich die beiden höchsten Gremien der beiden Kammern, das Plenum und die Vollversammlung am 15. Oktober 2014 in der Seestadt.

Der Weg zur Fusion: Schritte und Maßnahmen

Das ist zukunftsweisend: Die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven spricht seit dem 1. Januar 2016 mit einer Stimme. Bundesweit ist das Zusammengehen zweier Kammern in nicht einmal drei Jahren – von den ersten Eckpunkten bis zum endgültigen Zusammenschluss – ein Novum. Nach Vorgesprächen und Sondierungen fiel der grundlegende Beschluss zum Zusammengehen der Handelskammer Bremen sowie der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bremerhaven zur „Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven“ am 21. August 2013. In parallelen Sitzungen in Bremen und Bremerhaven beschlossen das Plenum der Handelskammer Bremen und die Vollversammlung der IHK Bremerhaven die Bildung einer gemeinsamen Kammer für Bremen und Bremerhaven. Die höchsten ehrenamtlichen Gremien beider Häuser stimmten an diesem Tag einem entsprechenden Vertrag über den Zusammenschluss sowie einer gemeinsamen Satzung zu.

Wenige Tage vor den entscheidenden Gremiensitzungen im August 2013 haben die beiden Kammern in zwei getrennten Sitzungen die vertraglichen und finanziellen Details des Zusammenschlusses intensiv und offen diskutiert. In Bremen fiel der Beschluss anschließend einstimmig, in Bremerhaven haben von 25 stimmberechtigten Vollversammlungsmitgliedern 19 zugestimmt. Der damalige IHK-Präsident Ingo Kramer hatte sich – über die rechtliche Notwendigkeit hinaus – zum Ziel gesetzt, eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Das ist am 21. August mit einer Dreiviertel-Mehrheit mehr als gelungen.

Die für das Zusammengehen notwendigen Änderungen des Landes-IHK-Gesetzes wurden in der Bremischen Bürgerschaft im Mai 2014 beschlossen und im Juni 2014 im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen verkündet.

Was damals noch nicht absehbar war: Die Vorbereitungen für das Zusammengehen beider Kammern liefen in den folgenden Monaten so gut, dass schon im Sommer 2015 die Verantwortung für die Kammerthemen Aus- und Weiterbildung in eine Hand gelegt wurden. Im Herbst folgten die Zentralen Dienste, und der bisherige Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen, Dr. Matthias Fonger, wurde ab dem 5. Oktober 2015 bis Ende des Jahres 2015 zum kommissarischen Hauptgeschäftsführer der IHK Bremerhaven gewählt. Der bisherige IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark hatte sich bereit erklärt, sein Amt zu diesem Zeitpunkt niederzulegen.

Ein Blick auf die Monate der Vorbereitung

Die ersten Gespräche zum Zusammengehen der Kammern Bremen und Bremerhaven fanden auf Basis von Plenar- bzw. Vollversammlungsbeschlüssen ab Mai 2012 in einem Verhandlungsteam statt, dem die beiden damaligen Präsidenten Otto Lamotte und Ingo Kramer sowie die Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger (Bremen) und Michael Stark (Bremerhaven) angehörten und zu dem später Handelskammer-Präsident Christoph Weiss und IHK-Präsident Hans-Christoph Seewald hinzu kamen. Zusätzlich zu dieser Runde wurde in Bremer-

Durch die Fusion können die Stärken unseres Zwei-Städte-Staates noch besser kommuniziert und präsentiert werden.

Die neuen Strukturen schaffen Synergien, die nicht nur den Mitgliedern zugute kommen sondern der bremischen Wirtschaft insgesamt.



Senator Martin Günthner

(Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

haven ein eigener Vorbereitungsausschuss aus dem Ehrenamt eingerichtet.

Am 4. Oktober 2012 wurden in Bremerhaven und am 12. November 2012 in Bremen erste grundlegende Positionen zur Fortsetzung der weiteren Gespräche beschlossen. In parallel stattfindenden Sitzungen stimmten das Plenum der Handelskammer Bremen und die Vollversammlung der IHK Bremerhaven am 6. Februar 2013 einem differenzierten Eckpunktepapier für einen Zusammenschluss sowie einem gemeinsamen Zeitplan für die weitere Umsetzung der Fusion zu.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 7. Februar 2013 erklärten die Präsidenten beider Kammern, dass mit den grundlegenden Positionen der entscheidende Schritt getan worden sei, um die Standortinteressen der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven in einer gemeinsamen Kammer kraftvoller und effizienter wahrzunehmen. Für zusätzliche Projekte und Initiativen würden auf diese Weise mehr Kräfte frei; die fachliche Dienstleistungsqualität an beiden Standorten werde gestärkt.

Starke Stimme für Bremen und Bremerhaven

Nach dem Beschluss vom 21. August 2013 betonten die beiden Präsidenten, der Zusammenschluss sei ein regional wie überregional historischer Schritt, der der Wirtschaft im Land Bremen eine stärkere Stimme in Bremen, in der Metropolregion und im Bund verleihe. Mit der Zustimmung von Plenum und Vollversammlung, so sagten Präses Weiss und Präsident Kramer bei

einer Pressekonferenz am 22. August 2013, sei „der Weg frei für eine starke wirtschaftliche Selbstorganisation für das gesamte Bundesland Bremen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die gebündelten Kräfte beiden Städten gleichermaßen zugutekommen werden. Bei den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land besteht Einigkeit darüber, dass wir uns geeint und gestärkt für eine prosperierende Wirtschaftsregion einsetzen werden.“ Beide Kammern seien Gewinner, betonten sie. Dass sich die bremische Wirtschaft nach fast 150 Jahren (die IHK Bremerhaven wurde 1867 gegründet) einer getrennten Wirtschaftspolitik einheitlich organisieren, sei auch als ein deutliches Zeichen an die Politik zu verstehen und könne ein Vorbild sein für mehr gemeinsame Aktivitäten. Die Einigung sei auch deswegen so rasch verlaufen, weil beide Häuser schon seit dem Jahr 2001 auf Basis einer Kooperationsvereinbarung in vielen Bereichen zusammenarbeiteten. So hätten sie bei der Vorbereitung des Zusammenschlusses nicht bei Null beginnen müssen.

Auf den Beschluss zu den grundlegenden Positionen hin stimmten die beiden Kammern seit Februar 2013 die Inhalte eines Zusammenführungsvertrages sowie die Satzung der neuen Kammer ab. Diese wurden durch das Institut für Kammerrecht in Halle gutachterlich geprüft. Parallel haben zwei unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften aus Bremen und Bremerhaven mögliche finanzielle Risiken und bilanzielle Fragen untersucht und einen gemeinsamen Bericht vorgelegt. Die Vertrags- und Satzungstexte wurden

Bremerhaven und Bremen sind gemeinsam ein leistungsfähiger Wirtschaftsstandort. Je stärker die Stimme der Wirtschaft gegenüber der Politik ist, umso besser ist es für unser Bundesland insgesamt. Die neue Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven wird erheblich dazu beitragen. Ingo Kramer

(ehemaliger Präsident der IHK Bremerhaven, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA)



zudem rechtlich durch den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geprüft. Dieses Vorgehen stellte einen Zusammenschluss sicher, „der den Unternehmerinnen und Unternehmern in Bremen und Bremerhaven die Sicherheit bietet, eine leistungsstarke Kammer ohne zusätzliche Kostenbelastungen in Bremen und bei Kostensenkungen in Bremerhaven zu bekommen“, betonten die beiden Kammer-Präsidenten. Die mit dem 1. Januar 2016 bestehende neue Kammer trägt den Namen „Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven“ und führt in ihrem Logo das Wappen mit dem doppelköpfigen Adler sowie die Wortmarke „IHK“. Zuständig ist sie für das gesamte Gebiet des Landes Bremen. Als Rechtsnachfolgerin übernimmt sie alle Dienst- und Arbeitsverträge der beiden bisherigen Kammern.

Im Vertrag über das Zusammengehen ist festgehalten, dass die neue Handelskammer dauerhaft Standorte in Bremen und Bremerhaven unterhält, wobei der Sitz der Hauptgeschäftsführung in Bremen ist. Der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen wird auch Hauptgeschäftsführer der neuen gemeinsamen Kammer. Von Anfang an haben alle Beteiligten Wert darauf gelegt, dass an beiden Standorten kompetente Ansprechpartner auf Führungsebene für die Unternehmen zur Verfügung stehen. Alle notwendigen Dienstleistungen zur Betreuung der Mitglieder werden an beiden Standorten vorgehalten, einschließlich der notwendigen Räumlichkeiten für Sitzungen, Schulungen, Prüfungen, Kontaktpflege und öffentliche Veranstaltungen.

gen. Nach dem Vorbild des Unternehmensservices Bremen gibt es auch in Bremerhaven eine zentrale Anlaufstelle, in der Unternehmerinnen und Unternehmer qualifizierte Auskünfte erhalten: von Existenzgründungsthemen über Prüfungsfragen bis zu außenwirtschaftlichen Bescheinigungen.

Besseres Preis-Leistungsverhältnis

Das Plenum in Bremen und die Vollversammlung in Bremerhaven verständigten sich im August 2013 mit ihrer Zustimmung zum Zusammenführungsvertrag auch darauf, dass für die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven „durch die Nutzung von Synergien ein verbessertes Preis-Leistungsverhältnis erreicht werden soll“, wie es im Vertrag heißt. Präses Weiss und Präsident Kramer sagten bei der Pressekonferenz: „Wir haben unsere Gespräche (...) im gegenseitigen Vertrauen und mit partnerschaftlicher Fairness geführt. Das war uns von Anfang an wichtig, weil es um ein übergreifendes Ziel geht: um die gemeinsamen Entwicklungsinteressen der Wirtschaft in unserem Bundesland und eine größere Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Landespolitik in Bremen und in der Metropolregion Nordwest.“

In engem Kontakt mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als der Aufsichtsbehörde, arbeiteten die beiden Kammern auf die notwendige Anpassung des Bremischen IHK-Gesetzes hin. Am 21. Mai 2014 stimmte die Bremische Bürgerschaft der Änderung in erster Lesung sowie am 18. Juni 2014 in zweiter Lesung zu. Am 12. März 2014 hatte sich die Deputation für

DIE CHRONIK

- 2001** Erste Kooperationsvereinbarung (unter anderem über einen gemeinsamen Jahresbericht)
- Mai 2012** Aufnahme der Verhandlungen
- Oktober/ November 2012** Grundlegende Positionen: Eckpunkte und Zeitplan
- 7. Februar 2013** Pressekonferenz zur Vorstellung der grundlegenden Positionen des Zusammenschlusses
- 21. August 2013** Grundlegender Beschluss der Gremien
- 22. August 2013** Unterzeichnung des Vertrages über den Zusammenschluss
- 18. Juni 2014** Bremische Bürgerschaft stimmt in zweiter Lesung der Änderung des bremischen IHK-Gesetzes zu
- Sommer 2015** Bereiche Aus- und Weiterbildung werden zusammengeführt
- Herbst 2015** Zentrale Dienste werden zusammengeführt
- 5. Oktober 2015** Dr. Matthias Fonger kommissarischer Hauptgeschäftsführer der IHK Bremerhaven
- 1. September – 12. Oktober 2015** Wahlen zum neuen Plenum in Bremen und Bremerhaven
- 18. Januar 2016** Sitzung des ersten Plenums der neuen Handelskammer





21. August 2013: Die Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen auf der Freitreppe des Hauses Schütting: Kurz zuvor haben sie dem Vertrag über die Zusammenführung der beiden Kammern im Land Bremen zugestimmt.



16. Dezember 2015: Die Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven kommen zu ihrer letzten Sitzung zusammen.

Der Zusammenschluss der beiden Kammern zur gemeinsamen Handelskammer für das Land Bremen ist der goldrichtige Schritt für Bremens Handel, Schifffahrt und Industrie. Ich gratuliere, dass die Bündelung der Kräfte gelungen ist. **Otto Lamotte**
(Antepräses der Handelskammer Bremen)



Wirtschaft, Arbeit und Häfen schon für die Gesetzesänderung ausgesprochen.

Leitende Motive für den Zusammenschluss

Die Gespräche zum Zusammengehen beider Kammern basierten auf sachlich-strategischen Überlegungen, die das Ziel hatten, die Stimme der Wirtschaft im Land Bremen zu stärken, die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Landespolitik zu erhöhen und die positive Entwicklung des Landes Bremen als wirtschaftsstarkes Oberzentrum in der Metropolregion Nordwest zu festigen.

Folgende sieben generellen Aspekte waren für den Einiigungsprozess leitend:

Mehr Durchsetzungskraft Das Zusammengehen der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven ist ein entscheidender Schritt, um die Standortinteressen der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven effizienter wahrnehmen zu können – als gemeinsame Kammer, die gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik in den großen Wirtschafts- und Infrastrukturthemen eine größere Durchsetzungskraft hat. Angesichts der komplexer werdenden Herausforderungen, die auf die Kammern zukommen, ist eine Kammer für das gesamte Bundesland in Expertise und Vernetzung leistungsfähiger. Auch im Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) kann Bremen so als stärkerer Partner mitwirken. Dies gilt auch für die Interessen und Aktivitäten der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft

in der Metropolregion Nordwest sowie im gesamten nordwestdeutschen Raum.

Optimales Preis-Leistungsverhältnis Das Zusammengehen beider Kammern bedeutet: mehr Service für weniger Geld. Für die Wirtschaft im Land wird das Preis-Leistungsverhältnis optimiert. Das Dienstleistungsangebot für die Betriebe in Bremen und Bremerhaven kann in einer gemeinsamen Kammer bei gleicher oder geringerer Kostenstruktur erhöht werden. Angebote wie die des Unternehmensservices Bremen, der im Sinne einer One-Stop-Agency unbürokratisch in allen Wirtschafts-, Förderungs- und Verwaltungsfragen weiterhilft, sind für alle Unternehmer im Land Bremen vorteilhaft. Das Serviceniveau wird in einer gemeinsamen Kammer mit zwei Dienstleistungsstandorten in Bremen und Bremerhaven nicht nur gehalten, sondern spürbar erweitert.

Synergieeffekte nutzen Das Zusammengehen beider Häuser führt zum Abbau von Doppelstrukturen. Dies betrifft insbesondere die interne Verwaltung. In einer gemeinsamen Kammer können Abläufe bei einer insgesamt effizienteren Fixkostenstruktur verschlankt werden. Dies schafft Freiräume für die originären Dienstleistungen der Mitgliedervertretung und spart Ausgaben.

Mehr Projekte und Initiativen Der Zusammenschluss schafft Freiräume für zusätzliche Projekte und neue Ini-

tiativen. Themen wie beispielsweise eine prosperierende maritime Wirtschaft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Hafen-, Industrie- und Energiestandortes Bremen/Bremerhaven oder die Entwicklung des Tourismus können so intensiver bearbeitet werden.

Gemeinsame Stimme Die Positionen zu den großen Wirtschaftsthemen lassen sich in einer gemeinsamen Kammer schneller abstimmen. Beschlüsse aus einem gemeinsamen Gremium für die beiden Städte Bremen und Bremerhaven lassen sich zügiger und effektiver umsetzen. Kommunalpolitische Themen, die ausschließlich Bremerhaven betreffen, bedürfen im Plenum der Zustimmung der Mehrheit der Bremerhavener Mitglieder.

Zusätzliches Know-how Das Zusammengehen beider Häuser wird zusätzliches Know-how bringen. In einer gemeinsamen Kammer kann die fachliche Dienstleistungsqualität durch eine weitergehende Spezialisierung in beiden Standorten erheblich gesteigert werden.

Fortsetzung der hanseatischen Tradition Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven blicken auf eine lange Tradition der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zurück. Wichtiger Teil dieser Tradition war es immer, gemeinsam für die Entwicklung der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven einzutreten. Diese Tradition wird durch den Zusammenschluss beider Kammern in hanseatischem Sinne fortgeführt.

DIE KENNZAHLEN

- 2 Standorte:
Bremen und Bremerhaven
- 52.000 Mitgliedsunternehmen:
16.000 Handelsregister-Unternehmen,
34.000 Kleingewerbetreibende,
2.000 Betriebsstätten
- 52 direkt gewählte
Plenarmitglieder
- 11 Fachausschüsse
- 10.000 laufende Ausbildungs-
verträge, die in Bremen und
Bremerhaven betreut werden
- 4.000 ehrenamtlich engagierte
Personen in Gremien,
Ausschüssen und Arbeitskreisen
sowie als Prüfer und
Sachverständige
- 106 hauptamtliche Mitarbeiter

Die neue Kammer: Struktur und Organisation

Ein wichtiger Schritt für das Zusammengehen beider Kammern waren 2015 die formell noch getrennten Wahlen in Bremen und Bremerhaven für das erste gemeinsame Plenum der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven. Ziel ist es, künftig alle drei Jahre die Hälfte des Plenums in einer versetzten Teilwahl zu bestimmen. Daher gehören dem neuen Plenum ab 2016 noch 20 Mitglieder des bisherigen Handelskammer-Plenums an, deren Amtszeit bis 31. Dezember 2018 reicht. In Bremerhaven wurden die neuen Mitglieder teils für sechs und teils für drei Jahre gewählt.

Das Plenum

Das Plenum der gemeinsamen Handelskammer besteht aus bis zu 60 Mitgliedern, 52 davon werden unmittelbar von den Kammerzugehörigen gewählt – 40 Mitglieder für den Wahlbezirk Bremen und 12 für den Wahlbezirk Bremerhaven. Das neue Plenum kann bis zu acht Mitglieder kooptieren.

Folgende Unternehmerinnen und Unternehmer aus Bremen und Bremerhaven werden im ersten gemeinsamen Plenum als direkt gewählte Mitglieder vertreten sein:

Verena Becker, Annette Bengs, Kay R. Brennecke, Ursula Carl, Marita Dewitz, Dr. Günther W. Diekhöner, Jens Dörken, Eduard Dubbers-Albrecht, Arne Dunker, Harald Emigholz, Berend Jürgen Erling, Hans-Joachim Fiedler, Christian Freese, Heiko Frisch, Christian von Georg, Prof. Dr. Dietrich Grashoff, André Grobien, Jens Grote-lüschen, Carsten J. Haake, Wiebke Hamm, Claus von der Heide, Nicolas C. S. Helms, Robert P. Hempel, Peter Hoffmeyer, Dr. Stephan-Andreas Kaulvers, Claudia

Kessler, Dr. Torsten Köhne, Joachim Linnemann, Janina Marahrens-Hashagen, Martin Marris, Carsten Meyer-Heder, Hasso G. Nauck, Dr. Tim Nesemann, Andreas Niemeyer, Stefan Oelkers, Lutz Oelsner, Detlef Pauls, Simon Reimer, Thorsten Rönner, Angelika Saacke-Lumper, Ralph Sandstedt, Peter Schöler, Stephan Schulze-Aissen, Michael F. Schütte, Dirk Schwampe, Hans-Christoph Seewald, Rolf Sünderbruch, Michael Vinnen, Svenja Wassenaar, Christoph Weiss, Imke Wilberg, Dennis Witthus.

Die Ausschüsse

In der gemeinsamen Sitzung der Präsidien vom 15. Oktober 2014 wurden die neuen Ausschussstrukturen besprochen. So hat die neue Handelskammer vorbehaltlich aller notwendigen Gremienbeschlüsse folgende gemeinsamen Ausschüsse, denen Mitglieder aus Bremen und Bremerhaven angehören:

- Finanzausschuss,
- Mittelstandsausschuss,
- Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen,
- Ausschuss für Nahrungs- und Genussmittel,
- Ausschuss für Informationstechnologie, Design und Medien,
- Außenwirtschaftsausschuss,
- Ausschuss für Häfen, Verkehr und Logistik,
- Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen,
- Tourismusausschuss,
- Ausschuss für Stadtentwicklung und städtischen Verkehr,
- Berufsbildungsausschuss.

Am 18. Januar 2016 tritt das neue Plenum der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wird der erste Präses der gemeinsamen Kammer, ein neues Präsidium und werden die Ausschussmitglieder gewählt.

Die Fachbereiche

Parallel wurde die hauptamtliche Organisation verändert. Die neue Fachbereichsstruktur umfasst acht Geschäftsbereiche sowie jeweils ein Unternehmensservice-Büro in Bremen und Bremerhaven. Zukünftig werden die Bereiche Umwelt, Energie und Tourismus für das ganze Bundesland von Bremerhaven aus gesteuert. Die verbleibenden Themenbereiche werden von Bremen aus – wiederum für das gesamte Bundesland – betreut.

Um ein für alle Unternehmen gut zugängliches Informationsangebot an beiden Standorten zu gewährleisten, wurde neben dem bisherigen Unternehmensservice Bremen ein ebensolches Angebot in Bremerhaven eingerichtet. Im Unternehmensservice Bremerhaven geben künftig fünf Mitarbeiter qualifizierte Auskünfte unter anderem zu den Themen Existenzgründung, Güterkraftverkehr und Personenverkehr, ADR-Prüfungen/-Bescheinigungen, Gefahrgutbeauftragtenprüfungen, EU-Berufskraftfahrer, Import- und Exportberatung, Zoll- und Außenwirtschaftsrecht sowie außenwirtschaftlichen Bescheinigungen. Für weiterführende Beratungen können die Angebote der Fachabteilungen beider Standorte genutzt werden. Die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung beteiligt sich mit einem festen Mitarbeiter an diesem Service. Kooperationspartner ist auch das RKW.

Insgesamt wird mit der Neustrukturierung der gemeinsamen Handelskammer das Beratungsangebot an beiden Standorte ausgebaut und die wirtschaftspolitische Interessenvertretung weiter professionalisiert. Dies wird auch durch die Einrichtung bzw. Umstrukturierung zweier weiterer Abteilungen der gemeinsamen Kammer deutlich: ein eigenständiger Geschäftsbereich für die Themen Recht und Steuern sowie ein Bereich, der für Einzelhandel, Existenzgründung und Unternehmensförderung zuständig ist.

Doppelstrukturen abgebaut

Auch abseits der Servicefunktionen mussten eine Vielzahl von Doppelstrukturen aufgelöst und Strukturen vereinheitlicht werden: Von der Lohnbuchhaltung der beiden Kammern über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis zu den Beitragsabteilungen wurden Arbeitsabläufe vereinheitlicht. Im Ergebnis hat die neue Handelskammer bereits 2016 rund sieben Prozent weniger Personal als die beiden bisherigen Kammern zusammen hatten. Dies wurde durch einen sozialverträglichen Abbau erreicht und wird dem generellen Ziel dienen, das bei den Vorbereitungen des Zusammenschlusses von Anfang an gesetzt war: niedrigere Beiträge für die mittelständische Wirtschaft im Land Bremen. Im letzten Quartal 2015 wurden die Kammergebäude in Bremen und Bremerhaven auf die neuen Anforderungen vorbereitet. Während in Bremen das Gebäude „Hinter dem Schütting“ den neuen Strukturen angepasst werden musste, wurde das Kammergebäude in Bremerhaven insbesondere für die neuen Arbeitsabläufe im Unternehmensservice Bremerhaven hergerichtet.



BVVTEN VN BINNEN
WAGEN VN WINNEN



Die Wurzeln (1)

Tradition der Unabhängigkeit: die Handelskammer Bremen

Es ist der 10. Januar 1451. Der Sonntag nach dem Dreikönigsfest. Eine Gruppe von Bremer Kaufleuten, Elterleute genannt, sitzt zusammen, bespricht mögliche Regeln für ihre Gemeinschaft (die „selchup“) und schreibt das Ergebnis in acht Artikeln nieder: Es sind die Statuten für den „kopmann tho Bremen“. Ein historisches Ereignis. Die Satzung markiert die „Geburtsstunde“ der bremischen Kaufmannsorganisation. Die bremische Kaufmannschaft – Händler leben bereits seit dem 8. Jahrhundert in Bremen – festigt damit ihre Position in der damaligen Gesellschaft, sie beschreibt Aufgaben und Organisation ihrer Gemeinschaft, regelt ihre Interessenvertretung gegenüber dem Rat und bekennt sich – modern interpretiert – zum Standort Bremen.

Die „Ordinantie von 1451“ ist die älteste erhaltene Urkunde einer wirtschaftlichen Selbstorganisation in Deutschland, wie sie später von der Handelskammer Bremen als unmittelbare Nachfolgerin der damaligen Institution ausgeübt wird. Die Ordinantie begründet eine in Europa einmalige, bald 600 Jahre währende Tradition der Unabhängigkeit. Das schmale, in Leder gebundene Buch trägt den Titel „Olde Anstiftung und ordenung des Kopmans van Olderluden und Schafferen ock olden und nien Broderen dusses Huses“ (Alte Anstiftung und Ordnung des Kaufmanns, von Elterleuten und Schaffern, auch neuen Brüdern dieses Hauses). Die Richtlinien, die darin zu finden



sind, regeln bis heute – selbstverständlich in veränderter und modernerer Form – die Tätigkeiten der Handelskammer. Eine zweite Ordinantie führt 1549 mit 39 Artikeln die rechtliche Grundlage der kaufmännischen Korporation weiter aus.

Selbstbewusstes Handeln

Politische Forderungen der Elterleute (Sprecher der Kaufmannschaft) hier, autoritärer Machtanspruch des Rates dort: Das 17. Jahrhundert ist durch diesen Konflikt geprägt. Denn das Rathaus verweigert, was im Schütting gefordert wird: die Beteiligung an den Regierungsgeschäften. Das Gremium der Elterleute (das „Collegium Seniorum“) kritisiert ohne Unterlass Mängel in Justiz und Verwaltung und bei den öffentlichen Finanzen. Der Rat hört es nicht gern, bei wichtigen Beschlüssen ist er auf die Zustimmung des Bürgerkonvents angewiesen.

Um ihre innenpolitische Position zu stärken und die Errungenschaften der Kaufmannschaft zu sichern, verfassen die Elterleute 1636 eine neue Ordinantie. Darin wird ausdrücklich das angespannte Verhältnis zu den Ratsherren angesprochen. Die Satzung bekräftigt das Versammlungsrecht, wird durch alle schriftlich verbrieften Privilegien ergänzt und dokumentiert das Selbstbewusstsein einer Standesvertretung, die längst zu einem politischen Entscheidungsträger geworden ist.

Bereits im Jahr zuvor hat das Collegium Seniorum seinen Anspruch verdeutlicht, Hüter der bürgerlichen Freiheiten zu sein: Es unterzeichnet Briefe mit „Elterleute der ganzen Bürgerschaft“ und benutzt dazu ein Siegel mit dem doppelköpfigen Reichsadler, dem Bre-

Zu Beginn der Vorbereitungen gab es im Kollegenkreis durchaus Zweifel am Zusammengehen beider Kammern. Daraus wurden im Laufe der Zeit eine klare Zuversicht, der Wille zuzupacken und der Blick in die gemeinsame Zukunft: Effektive Lösungen kommen künftig aus einer Hand. **Doris Menke**

(Vorsitzende des Personalrats der Handelskammer Bremen)



mer Schlüssel und der Umschrift „Des Ehrsamens Koppmans tho Bremen Wapen“. Der Schütting ist zu dieser Zeit die Sammelstelle für Beschwerden gegen den Rat. Die Elterleute intervenieren, sobald sie Bürgerrechte gefährdet sehen, unterstützen Prozesse und tragen entscheidend dazu bei, den absolutistischen Anspruch auf uneingeschränkte Macht in Grenzen zu halten. Ihr Engagement, ihre oppositionelle Haltung und ihre Bereitschaft zu konstruktiven Diskussionen sollten den Weg in Richtung eines demokratischen Parlamentarismus im republikanischen Stadtstaat Bremen ebnen.

1774 präzisiert die Vertretung der Kaufmannschaft ihre alten Statuten, gibt sich eine Geschäftsordnung und listet in 41 Paragraphen die Rechte, Pflichten und Beiträge ihrer Mitglieder auf. Das Collegium Seniorum, dem zwischen 12 und 32 Mitglieder angehören, hat ein umfangreiches Arbeitspensum: Jährlich müssen 30 bis 50 Versammlungen des Bürgerkonvents besucht werden, das Lotsen- und Tonnenwesen muss geregelt, die Verwaltung organisiert werden. 1770 gründen die Elterleute die „Wittwen-Pflege-Gesellschaft“ zur Versorgung der Angehörigen verstorbener Eltermänner und Syndici. Der Beitritt ist verpflichtend, die Beiträge werden durch Spenden und Strafgeelder aufgestockt.

Schwerwiegende Folgen für die Kaufmannschaft hat die französische Besatzung 1810 bis 1813. Die alte Rechtsordnung wird aufgehoben, die Handelskammer entpolitisiert: Sie soll sich nach französischem Vorbild ausschließlich um die Fürsorge von Handel und Schifffahrt kümmern. Das Collegium Seniorum wird offiziell abgeschafft und enteignet, man trifft sich aber weiter regelmäßig und löst die Witwenkasse heimlich auf, um das Kapital nicht den Besatzern übereignen zu müssen.

Den Schütting verwandeln die Franzosen in einen „Palais de Justice“. Nach dem Ende der Franzosenzeit kehrt das Collegium Seniorum in den Schütting zurück und nimmt seine Schlüsselrolle im politischen und wirtschaftlichen Leben der Stadt wieder ein.

Vom Collegium Seniorum zur Handelskammer

Eine einschneidende Veränderung gibt es Mitte des 19. Jahrhunderts. Jahrzehntlang haben die Kaufleute, das Collegium Seniorum, mit dem Rat um die rechtliche Stellung in der Hansestadt gerungen. Am 2. April 1849 wird sie Fakt: Die Handelskammer und der Kaufmannskonvent übernehmen als „Staatsanstalt zur Förderung des Handels und der Schifffahrt“ in einem nahtlosen Übergang die Aufgaben des Collegiums Seniorum und treten dessen direkte Nachfolge an.

Ein Beleg hierfür ist das Große Wappenbuch der Handelskammer, in dem die Mitglieder der obersten Gremien der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisation seit dem Jahr 1400 ohne Unterbrechungen eingetragen sind. Am 18. Mai tagt das Collegium zum letzten Mal, vier Tage zuvor sind die ersten Mitglieder des Plenums der Handelskammer gewählt worden. Auch die Mitglieder des Collegiums Seniorum gehören dem neuen Plenum an.

Der Schütting geht mit allem Mobiliar in den Besitz der Kaufleute über, die zudem mit 100.000 Reichsthalern entschädigt werden. Im Gegenzug verzichten sie unter anderem auf den Tonnenhof, übernehmen jedoch vom Senat die Aufgabe, die Seezeichen auf der Weser zu verwalten.

Das 20. Jahrhundert kennzeichnet einen großen Aufschwung des Handels wie einen großen Niedergang.



Der Fokus der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven lag stets auf Qualität und kundenorientierten Angeboten. Die zukünftige Kammer wird insbesondere diese Punkte aufgreifen, erweitern und an den beiden Standorten in Bremen und Bremerhaven vorhalten. Aus Sicht des Personalrates Bremerhaven ist die erfolgreiche Umsetzung das Ziel für eine gestärkte Kompetenz im Lande Bremen. **Heike Behrens**
(Vorsitzende des Personalrats der IHK Bremerhaven)

Die Handelskammer wirbt in dem neuen Jahrhundert beispielsweise für den Ausbau des Verkehrsnetzes und engagiert sich bei der Ansiedlung von Produktionsanlagen: 1911 regt sie die Gründung eines Industriefördervereins an, der Handel und Industrie noch enger verbinden soll. 1921 erweitert das neue Handelshandlungsgesetz die traditionellen Aufgaben der Kammer um die Belange der Industrie und stärkt zugleich die Bedeutung der Selbstverwaltung. In der Folge ergibt sich für die Handelskammer die Möglichkeit, durch die Mitarbeit in allen wichtigen Gremien sachkundigen Einfluss auf die für die Wirtschaft wesentlichen Entscheidungen der Stadt zu nehmen. Schwere Zeiten folgen: In der NS-Zeit verliert die Handelskammer ihre Autonomie.

Mit der Währungsreform und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gelingt es der Handelskammer, an ihre traditionelle Funktion als Interessenvertretung der bremischen Unternehmer anzuknüpfen. Die Grundlage dafür liefert das 1956 vom Bundestag verabschiedete Kammerrecht, das den öffentlich-rechtlichen Status mit Pflichtmitgliedschaft verankert und zwei Jahre später durch ein Landesgesetz ergänzt wird. Es bestätigt und erweitert die elementaren Aufgaben der Kammer und hebt ihre Unabhängigkeit hervor.

Prinzip der Selbstverwaltung

Schon in der Ordinantie von 1451 wird eine Vorstellung formuliert, die sich auch im modernen Selbstverständnis der Handelskammer wiederfindet: die eigenverantwortliche Wahrnehmung der Interessen aller bremischen Unternehmer durch ein legitimes Gremium. Dieses Prinzip der Selbstverwaltung hat nichts an Aktualität eingebüßt. Als gelebte Unabhängigkeit bildet es

ein Gegengewicht zu Bürokratie und Staatsaktionismus – und zieht seine Kraft aus dem freiwilligen Engagement der Bremer Unternehmer.

Die Handelskammer ist die gesetzlich verankerte Selbstverwaltungsorganisation der gewerblichen Wirtschaft in Bremen mit staatlich übertragenen Aufgaben. Damit steht sie an der Nahtstelle zwischen Staat und Wirtschaft. Sie ist das „Rathaus der Wirtschaft“ und handelt unabhängig von der öffentlichen Verwaltung und selbstständig innerhalb ihrer Aufgabengebiete. Dem Standort Bremen und dem Gemeinwohl verpflichtet – diese Leitidee durchzieht wie ein roter Faden die jahrhundertealte Geschichte der Handelskammer.



Das Große Wappenbuch verzeichnet die Plenarmitglieder und Syndici der Handelskammer sowie ihre Vorgänger – seit 1400



IHK
Handelskammer
Südwestfalen
Westfalen

30
km/h



Handelskammer Südwestfalen

Die Wurzeln (2)

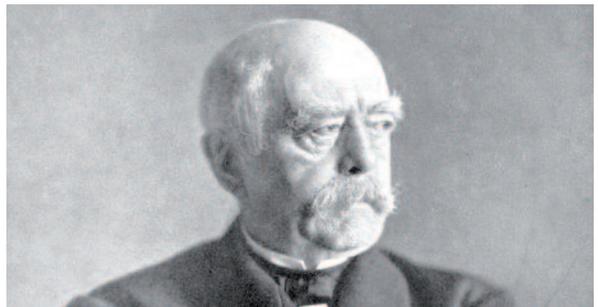
Preußische Anfänge: die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

Es ist der 18. Februar 1867. An Weser und Geeste herrscht Aufbruchstimmung. In den Ortschaften entlang der Unterweser flammen die ersten Gaslaternen auf. Der Hafen in Geestemünde ist just fertig gebaut worden; 15 Reedereien sind hier beheimatet. Jahrelang haben Unternehmer und Kaufleute darüber diskutiert, wie sie sich angesichts der politischen Umbrüche – das Königreich Hannover und Preußen bekämpfen einander – Gehör verschaffen und ihre Interessen gegenüber „Staat und Obrigkeit“ vertreten können. Ein Handelsverein macht 1862 den Anfang, hat aber keinen längeren Bestand. Die preußische Verwaltung ebnet vier Jahre später schließlich den Weg zur Gründung einer Kammer in Geestemünde. Ihre Geburtsstunde schlägt an jenem 18. Februar 1867.

Von der Interessenvertretung der Bremerhavener Wirtschaft kann aber noch gar keine Rede sein. Jene Handelskammer, die an diesem Tag gegründet wird, ist nur für die preußischen Bereiche an Weser und Geeste zuständig. Neben Lehe und Geestemünde gehören die Ämter Dorum, Hagen, Blumenthal und Osterholz-Scharmbeck zu dem neuen Kammerbezirk. 1870/1871 kommt das Gebiet des Amtes Lilienthal hinzu. Im Ergebnis war der Vorläufer der IHK Bremerhaven – 2015 eine der kleinsten Kammern Deutschlands – Ende des 19. Jahrhunderts flächenmäßig eine der größten Kammern des neuen Deutschen Reiches. Fast 70 Jahre blieben die Kammergrenzen in dieser Form bestehen – bis der Bremer Norden 1937 an die Handelskammer Bremen abgegeben werden musste.

Streit mit Bismarck

Eine heftige, landesweit Aufsehen erregende Auseinandersetzung mit Reichskanzler Otto von Bismarck prägt die Anfangsjahre der Handelskammer Geestemünde. Der Reichskanzler organisiert die Einheit der Nation, die Wirtschaft floriert. Doch während Fürst Bismarck in dem neuen Großwirtschaftsraum die Zölle abbaut, will er zum Schutz der deutschen Industrie und der Großagrarier neue Abgaben für den Außenhandel einführen. Die Wirtschaft an der Küste, deren Lebensader die Außenwirtschaft ist, begehrt auf, wie auch andere liberal gesinnte Kammern. Bismarck zürnt.



Der ständigen Kritik überdrüssig, ordnet er 1882 Zensur an: Alle Sitzungsprotokolle, Veröffentlichungen und Jahresberichte sollen ihm zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Industrie- und Handelskammer Geestemünde protestiert, Bismarck droht mit Schließung. Während sich alle anderen preußischen Kammern fügen, zeigen die Geestemünder Zivilcourage: Am 20. März 1882 legen alle Mitglieder der Vollversamm-

lung ihre Ämter nieder. Fast neun Jahre lang sollte die freiwillige Zwangspause dauern. Erst nachdem Kaiser Wilhelm II. Bismarck 1890 entlassen hat, nimmt die Kammer ihre Arbeit wieder auf.

Eine kritische Haltung gegenüber den Entwicklungen in Staat und Politik durchzieht die Geschichte der Kammer ebenso wie die engagierte Interessenvertretung für die Wirtschaft. Dabei ging und geht es vor allem um die Entwicklung der Häfen, um die Förderung des Seeverkehrs und um die Förderung von Handel und Gewerbe. Mit dem Handelskammergesetz von 1897 werden den Kammern in Preußen auch hoheitliche Aufgaben übertragen, vor allem in der Ausbildung.

Eine Zäsur markiert das Jahr 1924: Die Städte Lehe und Geestemünde werden zur preußischen Stadt Wesermünde vereinigt und Preußen führt einheitlich die Bezeichnung der Handelskammern als Industrie- und Handelskammern ein. Aus der Handelskammer zu Geestemünde wird die Industrie- und Handelskammer zu Wesermünde. Schwierig gestalten sich die Jahre zwischen 1925 und 1950. Zweimal werden in dieser Zeit die räumlichen Grenzen der Kammer neu gezogen – zeitweise war sie eine der größten Flächenkammern, nach 1947 ist sie das drittkleinste Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelstag.

Anwalt der regionalen Wirtschaft

1937 werden die bis dahin zu Bremerhaven zählenden Überseehafen-Gebiete der Stadtgemeinde Bremen zugeschlagen. Als ein Jahr später Wesermünde und Bremerhaven zur Großstadt Wesermünde zusammengelegt werden und die Kammer auch die Zuständigkeit für die heutige Stadtmitte bekommt, bleiben die Häfen jedoch ihrem Einfluss entzogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gliedert der amerikanische Militärgouverneur die Stadt Wesermünde in das Land Bremen ein. Die umliegenden Landkreise werden dem Land Niedersachsen zugeordnet, seitdem gibt es die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven.

Ihrem Selbstverständnis nach war sie stets der Anwalt der regionalen Wirtschaft und setzte sich unablässig für eine Verbesserung der Standortbedingungen ein. Sie machte sich für die Ansiedlung des Alfred-Wegener-Institutes für Polar- und Meeresforschung stark und engagierte sich für den Ausbau der Hochschule, trieb die Entwicklung des Tourismussektors und die Erneuerung der City voran, kämpfte für eine vorausschauende Gewerbeflächenpolitik und eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur. Auch die adäquate Förderung der Seestadt durch das Land Bremen war ein Thema, das die IHK Bremerhaven stets bewegt hat. Sie hat ein wichtiges Kapitel der Wirtschaftsgeschichte Bremerhavens geschrieben.



Mit der Verständigung auf die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven lassen die Kammern Bremen und Bremerhaven ihrem Reformwillen konsequent Taten folgen. Ich bin davon überzeugt, dass Bremen und Bremerhaven ihre wirtschaftlichen Interessen mit dem deutlich höheren Gewicht einer gemeinsamen Handelskammer künftig noch besser vertreten können.

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender des Vorstands der Bremer Landesbank)

Mit Blick auf knapper werdende öffentliche Mittel und dem dennoch notwendigen, klar zu priorisierenden weiteren Ausbau der Infrastruktur für unseren Wirtschaftsraum und unsere Häfen ist es gut, den notwendigen Meinungsbildungsprozess zu bündeln und über eine gemeinsame Kammer der Position der Wirtschaft Ausdruck zu verleihen. **Matthias Ditzen-Blanke**

(Geschäftsführer der NORDSEE-ZEITUNG GmbH)



**Die Mitglieder des ersten Plenums der Handelskammer Bremen –
IHK für Bremen und Bremerhaven**

Verena Becker... Annette Bengs... Kay R.Brennecke... Ursula Carl... Marita Dewitz...

Dr. Günther W. Diekhöner... Jens Dörken... Eduard Dubbers-Albrecht... Arne Dunker... Harald

Emigholz... Berend Jürgen Erling... Hans-Joachim Fiedler... Christian Freese... Heiko Frisch...

Christian von Georg... Prof. Dr. Dietrich Grashoff... André Grobien... Jens Grotelüschen... Carsten

J. Haake... Wiebke Hamm... Claus von der Heide... Nicolas C. S. Helms... Robert P. Hempel... Peter

Hoffmeyer... Dr. Stephan-Andreas Kaulvers... Claudia Kessler... Dr. Torsten Köhne... Joachim

Linnemann... Janina Marahrens-Hashagen... Martin Marris... Carsten Meyer-Heder...

Hasso G. Nauck... Dr. Tim Neemann... Andreas Niemeyer... Stefan Oelkers... Lutz Oelsner...

Detlef Pauls... Simon Reimer... Thorsten Rönner... Angelika Saacke-Lumper... Ralph Sandstedt...

Peter Schöler... Stephan Schulze-Aissen... Michael F. Schütte... Dirk Schwampe...

Hans-Christoph Seewald... Rolf Sünderbruch... Michael Vinnen... Svenja Wassenaar...

Christoph Weiss... Imke Wilberg... Dennis Witthus

www.handelskammer-bremen.de